Ihr Name Marko Muhar/Vorsitzender Programmmitarbeiter-Ausschuss des Saarländischen Rundfunks

Ihre Anmerkungen Stellungnahme des Programmmitarbeiter-Ausschusses des Saarländischen Rundfunks zum Entwurf des Staatsvertrags zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben beteiligt sich der Programmmitarbeiter-Ausschuss (PMA) des Saarländischen Rundfunks (SR) an der Diskussion um eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den entsprechenden Entwurf der Rundfunkkommission der Länder. Der PMA ist die durch Wahlen legitimierte Interessensvertretung der journalistischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des SR und ein Ausschuss des SR-Personalrates.

Unsere Stellungnahme konzentriert sich auf zwei Punkte, nämlich die Vorgaben zu Telemedien und die mangelnde finanzielle Absicherung der Programmangebote des SR durch den fehlenden Finanzierungs-Staatsvertrag.

Telemedienangebote

Der PMA kritisiert die im Entwurf beschriebene weitere Einschränkung der Berichterstattung in Online-Angeboten, auf Social Media bzw. in Apps (Sendungsbezug, „Presseähnlichkeit“). Die in §30 beschriebenen Vorgaben würden zu einer künstlichen Verschlechterung des Angebots auch beim SR führen. Es wäre keinem Nutzer zu erklären, warum textbasierte Informationen in den entsprechenden Angeboten erst nach einer linearen Ausspielung über rudimentäre Angaben hinausgehen dürften. Gerade nonlineare Angebote, die als zukunftsträchtig gelten dürfen, weil sie den Nutzungsgewohnheiten auch jüngerer Menschen entsprechen, würden so ausgebremst.

Auch der im Entwurf geforderte unmittelbare Bezug von Online-Angeboten auf eigene lineare Sendungen würde zu einer künstlichen Verknappung des Informationsangebotes führen. Denn auch der SR wird im Zuge des geforderten stärkeren Programmaustauschs zunehmend lineare Beiträge anderer LRA senden, dürfte dann aber keine begleitenden Online-Angebote anbieten. Auch das wäre ein Verlust für die SR-Nutzer.

Die entsprechenden Vorschläge sind daher rückwärtsgewandt und schaden über ein eingeschränktes Angebot letztlich den Nutzerinnen und Nutzern des SR.

Finanzielle Auswirkungen

Nicht zuletzt die Programmmitarbeiterinnen und Programmmitarbeiter des SR stehen derzeit vor der Herausforderung, neben dem Medienwandel hin zur Digitalisierung auch senderinterne und ARD-weite Reformen zu gestalten, wie sie auch von der Politik gefordert werden. Dies wird von den Kolleginnen und Kollegen konstruktiv und willig getan, auch wenn Arbeitsverdichtung und Unsicherheit dabei Begleiterscheinungen sind.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, diesen Bemühungen der Kolleginnen und Kollegen insofern Vertrauen und Respekt entgegenzubringen, als dass die Diskussion um eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diese Anstrengungen ernst nimmt und würdigt. Dazu gehört auch eine seriöse Beschäftigung mit der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und damit des SR. Die absehbare Missachtung des von den Ländern eingeführten und verfassungsmäßig legitimierten KEF-Verfahrens erzeugt aber gerade Verunsicherung. Zumal öffentlich kein Vorschlag diskutiert wird, wie eine künftige Finanzierung gestaltet werden könnte („5. Säule“).

Gerade für eine kleinere Anstalt wie den SR würde eine Missachtung der aktuellen KEF-Empfehlung absehbar weitere große Einschnitte im Programm nach sich ziehen. Zudem würde sie Bemühungen konterkarieren, den von Publikum und Politik formulierten Ansprüchen und Erwartungen auch weiterhin gerecht zu bleiben.

Für den PMA des Saarländischen Rundfunks,

Marko Muhar

Optionale Anhänge

Datei -

Bild -

Hinweise zum Datenschutz

Datenschutz akzeptiert

Einverständnis zur Veröffentlichung akzeptiert